

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 6/47. Jahrgang

Juni 2016

Schutzgebühr: 0,40 €

Fakten zur Wohnbau

Gut 7000 Wohnungen hat die Wohnbau Gießen GmbH, an dieser Zahl hat sich seit Jahrzehnten fast nichts geändert. Nur rund 2000 davon sind Sozialwohnungen. Alle anderen unterliegen den Gesetzen der „freien Marktwirtschaft“. Neue Wohnungen wurden kaum gebaut.

Durch aufwändige und kostspielige „energetische Sanierung“ wurden in den letzten Jahren viele Wohnungen für die alten Mieter zu teuer. Der Betrag der eingesparten Energiekosten konnte längst nicht die erhöhten Mietkosten ausgleichen. Trotz vielfacher Kritik hält die Wohnbau an dieser Praxis fest.

Seit ihrer Umwandlung in eine GmbH (zu 100% im Besitz der Stadt) ist sie verpflichtet, Gewinne zu machen, und ihre Politik wird nicht mehr vom Stadtparlament kontrolliert.

Im Geschäftsjahr 2014 betrug der Gewinn 2,4 Millionen Euro, davon wurden 360.000 an die Stadt Gießen abgeführt. Insgesamt hat die Wohnbau Rücklagen in Höhe von 30 Millionen Euro angehäuft – neue Sozialwohnungen gab es davon nicht.

Inhalt:

Fluchtursache Kapitalismus	S.2
Koalition in Gießen?/LaGa-Schäden	S.3
Tarifergebnisse/Jobcenter/Hartz IV	S.4
1. Mai in Gießen/E-Auto-Prämie	S.5
SDAJ-Bericht/DKP-Sofortprogramm	S.6
Demo 8. Mai/Atomkonzerne-Freikauf	S.7
Termine/Gießener Linke zu E.Beltz	S.8

Warum gibt es Wohnungsnot?

Bis zum Jahr 2020 werden in Gießen 3.300 zusätzliche Wohnungen gebraucht, vor allem preisgünstige. Denn

Kurz vor den Kommunalwahlen hatte die SPD angekündigt, im Herbst ein „Wohnraumversorgungskonzept“ vorlegen zu wollen.

Aber schon jetzt ist klar, dass dies nicht ausreichen und man sich wieder gegenseitig (Stadt, Land, Bund) die Schuld zuschieben wird.

Teil dieses Wahlkampfversprechens sollen ganze 1,3 Millionen Euro sein, die die Stadt für ein Investitionsprogramm an Fördermitteln zur

Verfügung stellen will. Damit sollen sage und schreibe 65 neue Sozialwohnungen bis 2018 gebaut werden. Zur Erinnerung: allein durch die Erhöhung

(Fortsetzung auf Seite 2)



25% der Menschen, das sind etwa 12.000 Haushalte, sind so arm, dass sie Anspruch auf eine Sozialwohnung haben; 1500 stehen auf der Warteliste der Wohnbau Gießen.

Hände weg vom Volkswillen und seiner Stimme im Parlament!

Unter dieser Losung demonstrierten am 27. Mai in Gießen etwa 200 Menschen, vorwiegend Kurdinnen und Kurden, gegen die

Aufhebung der Immunität von 138 Abgeordneten der oppositionellen HDP. "Erdogan baut seine Diktatur auf - mit freundlicher Unterstützung der EU"; hieß es, u.a. weil die Bundesregierung über die Kriegsverbrechen in Kurdistan schweigt.



Für Frieden und Sozialismus!



Fluchtursache Kapitalismus

Angeblich leidet EU-Europa unter einer Flüchtlingskrise. Gemeint ist damit, dass mehr Flüchtlinge als in den Jahren zuvor EU- und deutsche Grenzen erreichen. Solange zehntausende Migranten im Meer ertranken, war von Krise keine Rede. Außer ein paar öffentlich abgesonderter Krokodilstränen gab es bei den Eliten der westlichen Wertegemeinschaft keine Reaktionen.

Seit seinem Aufkommen verursacht der Imperialismus Ein- und Auswanderungswellen, vor allem durch Globalisierung von Krisen und Kriegen. Den Folgen begegnet er mit nationalistischer, völkischer und rassistischer

Viele der Millionen Menschen, die so ihre Lebensgrundlage verlieren, hoffen auf ein besseres Leben in Europa. Zu ihrer Abwehr fördern die Regierenden den Hass gegen die Flüchtenden und lenken davon ab, dass Sozialabbau, Wohnungsmangel, Verschärfung der Ausbeutung und ähnliche Schandtaten schon lange Ziel ihrer Politik sind.

Der Erfolg von AfD und Rechtsparteien anderer Länder wurde von den jeweiligen Regierungsparteien vorbereitet. Die ganz Rechten beherrschen Hetze, Demagogie und Spaltung einfach noch besser als Konservative und angebliche Sozialdemokraten.



schers Hetze. Diese ist ein wirkungsvolles Instrument zur Spaltung der Arbeiterklasse, zur Bekämpfung humanistischen Engagements, zur Beseitigung internationalistischem Bewusstseins.

Schon 1907 erklärte der Kongress der 2. Internationale in Stuttgart: „Die Ein- und Auswanderung von Arbeitern sind vom Wesen des Kapitalismus ebenso unzertrennbare Erscheinungen wie Arbeitslosigkeit, Überproduktion und Unterkonsumtion der Arbeiter“. 110 Jahre später ist es schlimmer als je zuvor. Seit dem Ende der Sowjetunion schüren USA und EU im Namen einer neuen Weltordnung einen Krieg nach dem anderen, ruinieren mit ihrer Wirtschaftsmacht die Ökonomien der Länder des Südens.

Parteien wie die AfD können nur bekämpft werden, wenn auch die Regierungsparteien nicht geschont werden. Ihnen gemeinsam muss man entgegensetzen: Die Verursacher und Profiteure von Arbeitslosigkeit, Ausbeutung und Armut in diesem Lande, von Krieg und Zerstörung der Lebensgrundlagen in anderen Ländern und von Flucht sind die Banken und Konzerne und die ihnen dienenden Politiker. Sie stehen auf der einen Seite der Barrikade, ihnen gegenüber stehen die Ausgebeuteten, egal welcher Herkunft. Einheimische und Migranten müssen gemeinsam kämpfen – nur dann kann die notwendige Umverteilung von oben nach unten erkämpft und die weltweite Zerstörung der Lebensgrundlagen beendet werden.

Gernot Linhart

(Fortsetzung von Seite 1)
Wohnungsnot

hung der Grundsteuer B, die in der Regel von den Mietern bezahlt wird, kassiert die Stadt jedes Jahr zusätzlich 6 Millionen Euro.

Wohnungsnot ist Programm

Dieser Wohnraummangel besteht seit Jahrzehnten. Alle bisherigen Stadtregierungen, egal ob von SPD oder CDU, haben diesen Missstand verwaltet, aber nicht behoben. Denn er ist gewollt, wurde bewusst herbeigeführt und wird so bleiben. Eine Verpflichtung für Bauherren, einen bestimmten Anteil ihrer Wohnungen als Sozialwohnungen zu vermieten, gibt es in Gießen nicht - im Gegensatz zu anderen Städten. Wären genügend Wohnungen da, wäre die Nachfrage gering und das Geschäft mit der Unterversorgung geplatzt. Die Wohnbaugesellschaften und private Investoren könnten sich ihre Wuchermieten in den Mond schreiben und würden auf ihren Bauruinen sitzen bleiben. Das ist im Kapitalismus, wo der Profit alles und der Mensch nichts bedeutet, ein Unding.

Wohngeld = Subvention

Im Gegenteil, um den Gewinn der Mietspekulanten zu mehren, wurde das Wohngeld eingeführt, das im Prinzip nichts anderes darstellt, als eine versteckte Subventionierung der Haus- und Grundbesitzer. 1,2 Milliarden Euro flossen bundesweit im Jahr 2012 aus Steuermitteln in die Taschen der Vermieter. -

Wenn nur ein Minimum an Steuern von den Reichsten erhoben würde (s. Sofortprogramm der DKP, Seite 6), wäre es - unter anderem - auch möglich, genügend preiswerte Wohnungen für alle zu bauen. Deren Vermögen ist inzwischen auf die unvorstellbare Summe von mehr als 8.200 Milliarden Euro angewachsen und steigt täglich, während die Armut gleichzeitig zunimmt.

Erika Beltz

Engels, Zur Wohnungsfrage:
In einer solchen Gesellschaft ist die Wohnungsnot kein Zufall, sie kann mit samt ihren Rückwirkungen... nur beseitigt werden, wenn die ganze Gesellschaftsordnung, der sie entspringt, von Grund auf umgewälzt wird. (MEW 18/326)

Magistrat: ...sie konnten zusammen nicht kommen... (bisher)

Auch zwei Monate nach den Kommunalwahlen steht der neue Magistrat nicht. Einer der Streitpunkte dürfte die von vielen abgelehnte grüne Bürgermeisterin Weigel-Greilich sein, die sich in den letzten Jahren durch Umweltfrevl mit der LaGa und umstrittene Großbaustellen hervor getan hat. Offenbar klebt sie an ihrem Sessel. Weder wurden bisher (Red.-Schluss 27.5.) die Ausschüsse besetzt noch der ehrenamtliche Magistrat und die Stellvertreter des Stadtverordnetenvorstehers gewählt. Dies steht auch nicht auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung am 2. Juni. Was ist, wenn Egon Fritz krank werden sollte? SPD/CDU/Grüne einigten sich lediglich in einem gemeinsamen Geschäftsordnungs-

Antrag darauf, dass den Ausschüssen künftig elf statt zehn Mitglieder angehören sollen. Auch der Umgang mit den acht AfD-Stadtverordneten will geklärt sein. Wegen ihnen war bei der ersten Sitzung am 28. April wieder großer Bahnhof angesagt (wie auch

tribüne, den Eingang zum Plenarsaal und zum gesamten Rathaus. Nur rund 50 Interessierte durften rein (zur Erinnerung: im alten Rathaus war Platz für 200 Zuhörer). Auch der Zugang zu den 22 Sitzplätzen hinter den Stadtverordneten, die sonst bei großem Andrang genutzt werden konnten, wurde polizeilich verwehrt. Derweil wurde vor dem Rathaus gegen die AfD mit Transparenten und Flugblättern (vor allem von den Jusos und der SDAJ) demonstriert. Mitglieder der Gießener Linken verteilten eine Solidaritätserklärung mit der Echo-Herausgeberin Erika Beltz, die vom AfDler Jordan wegen „Beleidigung“ angezeigt worden war (s. Seite 8). Der hätte als ältester Stadtverordneter die Sitzung eröffnen sollen, war aber nicht erschienen. So konnte die Versammlung entspannt mit Inge Bietz (SPD) beginnen. Michael Beltz



Einige Mitstreiter der Gießener Linken entspannten sich nach der Aktion am 28.4. im sonnigen Café auf dem Rathausplatz.

bei ihren Info-Ständen). Ein großes Polizeiaufgebot kontrollierte während der gesamten Sitzung die Besucher-



Nicht wieder gut zu machender Schaden durch die LaGa

Hunderte Bäume wurden gefällt, dieses idyllische Brückchen (links) über den Schwanenteich wurde mutwillig abgerissen, und das Ufer "begradigt" - zugunsten dieser hässlichen und gesichtslosen Überquerung (rechts). Es ist der BI "Stoppt diese Landesgartenschau" und ihren vielen Mitstreitern zu verdanken, dass nicht noch mehr Bäume gefällt und das gesamte Ufer des Schwanenteichs

samt Dammweg plattgemacht wurden, wie es geplant war. - Inzwischen wurde die Brücke - nach energischem Drängen - restauriert, aber nicht wie versprochen beim Teich in der Ostanlage wieder errichtet, sondern sinnlos als Schildbürgerstreich "jwd" in der Wieseckau hingestellt: als "Soda"-Brücke, über die sich auch überregionale Medien lustig machen. Wer objektiv die Wieseckau betrach-

tet, muss zugeben: Außer breiteren Wegen, Kübeln und anderen Hinterlassenschaften hat sich nicht viel verändert. Der Quellgarten ist ganz nett, vermüllt aber langsam. Und durch die Strandbar und durch städtische "Events" wurde und wird die Natur nachhaltig geschädigt. Dafür hat die Stadt Gießen Millionen Euro ausgegeben. Die BI, jetzt "Wieseckau", bleibt am Ball. Martina Lennartz



Magere Ergebnisse bei den Tarifeinigungen

In den aktuellen Tarifverhandlungen gibt es die ersten Ergebnisse. Beim öffentlichen Dienst des Bundes und der Kommunen freute sich die Gewerkschaft ver.di über Lohnsteigerungen von 4,75%. Dies sei ein Ergebnis, „das sich sehen lassen kann.“ Sieht man aber genau hin, erkennt man die Täuschung. Die Tarifierhöhung erfolgt in zwei Stufen zu 2,4% und 2,35%. Bei der vereinbarten Laufzeit von zwei Jahren liegt die Erhöhung somit deutlich unter der Hälfte der ursprünglichen Forderung von 6% für ein Jahr.

Weitere Negativerfolge sind die Nichtabschaffung sachgrundloser Befristungen und die Anhebung der Beiträge zur betrieblichen Altersversorgung

bei den Rentenkassen, die „finanzielle Probleme“ haben. Ebenfalls beschlossen wurde eine neue Entgeltordnung für den kommunalen Bereich. Die dabei möglichen Höhergruppierungen bezahlen die Beschäftigten zur Hälfte selbst: Die Jahressonderzahlungen werden auf das Niveau von 2015 eingefroren und ab 2017 um 4% gekürzt. Da werden wohl Urlaub und Weihnachtsgeschenke etwas spärlicher ausfallen.

In der Metall- und Elektroindustrie sieht es nicht viel besser aus. Die Löhne werden in zwei Stufen um 2,8% und 2% erhöht, für Juni gibt es einmalig 150 Euro. Die IG Metall nennt das „einen fairen Anteil am wirtschaftlichen Erfolg.“ Wirtschaftlich schwä-

chelnde Betriebe können von dieser Tarifierhöhung abweichen. Wie im öffentlichen Dienst werden Verluste auf die Beschäftigten abgewälzt, während die Profite bei einigen wenigen bleiben. So ist das eben im Kapitalismus, die Umverteilung von unten nach oben schreitet voran.

Auffällig sind die raschen Abschlüsse nach den ersten Warnstreiks. Offenbar sollte verhindert werden, dass sich die Belegschaften verschiedener Branchen zusammenschließen und gemeinsam gegen die sozialen Angriffe kämpfen. Aber gerade das ist notwendig, um deutliche Verbesserungen der Arbeits- und Lebensbedingungen aller Beschäftigten durchzusetzen. Rainer Grabowski

Charité: Bessere Arbeitsbedingungen erkämpft - und in Gießen?

Nach mehr als vier Jahren Kampf haben die Beschäftigten der Berliner Uniklinik Charité einen wichtigen Erfolg erstritten. Per Tarifvertrag mit ver.di wurde ein verbindlicher Personalschlüssel erstritten, der wesentlich bessere Arbeitsbedingungen als bisher bedeutet. Die Einhaltung des Vertrages wird von einem paritätisch besetzten Gesundheitsausschuss überwacht und kann vor dem Arbeitsgericht eingeklagt werden, außerdem gibt es für jede Station ver.di-Tarifberater. Für den Erfolg waren zermürbende Warn- und Erzwingungsstreiks notwendig, mehrmals versuchte die Geschäftsführung die Belegschaft mit später nicht eingehaltenen Zusagen zu täuschen. Der Tarifvertrag kann Vorbild für alle Krankenhäuser sein; als nächstes werden die Kliniken im Saarland eine ähnliche Aktion starten. Wäre das nicht auch etwas für die Unikliniken Gießen-Marburg? Gernot Linhart



Die "Arbeit" des Jobcenters - Hartz IV nochmals verschärft

Im Mai-Echo berichteten wir über die willkürliche Kürzung des Heizkostenzuschusses seit Oktober 2015 durch das Jobcenter Gießen. Ende April erhielt der Betroffene, der inzwischen Klage wegen Untätigkeit eingereicht hatte, nun ein Schreiben. Auf 14 Blättern – beidseitig bedruckt – werden endlose kaum durchschaubare Zahlenkolonnen aufgeführt mit dem Ergebnis: es soll eine Nachzahlung geben. Diese entspricht aber nicht dem vorenthaltenen zustehenden Betrag. Sie enthält immer noch keine Berechnungsgrundlage, aber viele Ungereimtheiten. Zum Teil wurde ein höherer Satz angesetzt als vorher (obwohl der nie bezahlt worden war). Das heißt: nach eigenen Angaben hatte das Jobcenter auch vor Oktober sogar zu wenig bezahlt.

Die Herstellung dieses unsinnigen und zeitraubenden Elaborats dürfte Stunden gedauert und einiges gekostet haben; dafür ist das Jobcenter bereit – aber knauserig bis zum letzten Cent. - Selbstverständlich wird der Betroffene auch jetzt wieder Widerspruch einlegen.

Neue Sanktionen für Eltern und Ältere

Statt – wie auch vom Bundesrat gefordert – wenigstens einige Repressionen aufzuheben, sollen Anfang Juni weitere Schikanen für Hartz-IV-Benzieher beschlossen werden.

* Sie sollen vorzeitig mit 63 in Rente gehen, obwohl sie Abschlüsse hinnehmen müssen.

Notfalls werden die Anträge gegen ihren erklärten Willen von den Job-

centern selbst gestellt. Diese Zwangsverrentung verschiebt die Kosten auf die Rentenkasse und schön die Arbeitslosen-Statistik.

* Langzeitarbeitslose sollen weit länger als bisher in Ein-Euro-Jobs gezwungen werden.

* Alleinerziehenden wird der Hartz-IV-Satz für ihre Kinder gekürzt, wenn diese einige Tage beim getrennt lebenden Elternteil verbringen. Je nach Alter des Kindes sind das pro Tag und Kind zwischen 7,90 und 10,20 Euro. Diese Unmenschlichkeit, mit der von den Ärmsten - mit bürokratischem Aufwand! - Geld eingetrieben wird, das ihnen zustehen, zeigt die ganze barbarische Fäulnis dieses kapitalistischen Systems. Nicht nur Hartz IV muss weg – dieses System muss weg! Erika Beltz

1. Mai 2016 in Gießen



Etwa 400 Menschen nahmen an der diesjährigen Demonstration des DGB und der Einzelgewerkschaften teil, darunter erfreulicherweise viele junge Kolleginnen und Kollegen.

Eine neue Demo-Route sollte mehr Beteiligung in die traditionelle Maidemo bringen. Statt durchs Nordviertel ging es zum Gießener Stadttheater zur Kundgebung. Bedingt durch insgesamt sechs oder sogar sieben Redebeiträge verließen über die Hälfte der Teilnehmer die Kundgebung und gingen nach Hause oder zum „Maifest“ an den Kirchenplatz.

Hier warteten die Besucher vergebens auf eine Begrüßung eines Vertreters der Gewerkschaften. Bei guter Musik, Bratwurst und Bier endete der 1. Mai kämpferisch auf der Bierbank...

Einwurf

Die Gewerkschaften haben sich zum 1. Mai mal wieder was Neues einfallen lassen. Eine neue Strecke der Maidemo zum Stadttheater, ganz viele Redebeiträge und zum Abschluss ein völlig unpolitisches sog. Maifest auf dem Kirchenplatz. Ziel war wohl, den politischen Teil weit weg vom „Maifest“ zu halten, um dann in aller Ruhe zu feiern. Und es gibt ja viel zu feiern: Demnächst bis 70 arbeiten und trotzdem Altersarmut, kaum noch tarifgebundene Betriebe, Hartz-4-Bezieher werden mehr, AfD in vielen Parlamenten, Kriege und damit Flüchtlingsströme und vieles mehr. - Es gibt also gute Gründe, an den Traditionen der Arbeiterbewegung festzuhalten. Eine kämpferische Demo und ein kompetenter Mairdner oder -Rednerin sollte auch in Gießen machbar sein! Und wenn dann noch die Türen des Stadttheaters aufgehen und ein Chor singt das alte Arbeiterlied Brüder, zur Sonne zur Freiheit, ja dann könnte man von einem wirklichen 1. Mai sprechen.

Helmut Appel

E-Auto-Prämie: Milliardengeschenk für Reiche und Konzerne

Käufer von Elektro- und Hybridautos werden vom Staat beschenkt. 4000 Euros bei E-Autos und 3000 bei solchen mit Elektro- und Kraftstoffmotor sollen sie beim Kauf als Prämie bekommen, die Hälfte davon vom Staat, die andere Hälfte vom Verkäufer. Die 2. Hälfte ist mehr oder weniger ein Witz, diesen Betrag kann der Hersteller von vornherein auf den Preis aufschlagen oder mit dem eh gewährten Rabatt verrechnen. In den Genuss dieses Geschenkes werden vor

allem wohlhabende Käufer bei der Anschaffung ihres Dritt- oder Viertwagens kommen, einen Einfluss auf den CO₂-Ausstoß, was ja eigentlich Sinn der Förderung sein soll, wird diese Verschwendung von Steuergeldern nicht haben. Wirksamer wäre die Förderung eines elektrisch betriebenen öffentlichen Nahverkehrs und Auflagen für die Automobilkonzerne, den unsinnigen Trend zu immer schwereren und stärkeren Kraftfahrzeugen zu stoppen.

Gernot Linhart

Stell Dir vor,
Du bist
60
und musst
zu den
Tafeln



WEICHENSTELLUNG

“Nur über meine Weiche!”, erklärt der Sozialdemokrat mutig und entschieden, und dann stellt er sie brav und wie ihm geheißen, die Weiche, damit der Zug auch ja pünktlich abfährt, egal, in welche Richtung und wen er wohin transportiert, aber der Gang der Dinge ist nun einmal der Gang der Dinge und hat oberste Priorität.

Wiglaf Droste

SDAJ Bericht aus Griechenland in Wetzlar

Eine SDAJ-Delegation reiste im September nach Griechenland, um sich anzuschauen, wie die Situation der werktätigen Bevölkerung wirklich ist. Ich berichtete davon Ende April bei einer gemeinsamen Veranstaltung von DKP, der Partei Die Linke und der RAW. Während der ganzen Rundreise haben wir keinen einzigen Jugendlichen getroffen, der in einem Beruf gearbeitet hat, den er gelernt hat. Stundenlöhne von weniger als 3,50 Euro und Befristung sind dort normal. Das teure Gesundheitssystem lässt u.a. die Säuglingssterblichkeitsrate steigen. Wir haben dort viele Menschen kennen gelernt, die unter dieser Situation sehr leiden. Aber auch viele, die dagegen Widerstand leisten: in Stadtteilkomitees, in gewerk-

schaftlichen Kämpfen (auch gemeinsam mit Flüchtlingen) oder durch Schulbesetzungen sowie mit kultureller Arbeit, die KKE und KNE kostenfrei anbieten und mit politischen, antifaschistischen Inhalten verbinden. Die Syriza-Anel Regierung wird die Probleme nicht lösen. Sie spart weiter auf Kosten der werktätigen Bevölkerung, bietet der NATO aber eine neue Militärbasis an; und die Gewinne von Konzernen (die es auch in Griechenland gibt) bleiben unangestastet. Die KKE sagt: Eine Lösung bietet nur der Sozialismus und Austritt aus der EU. Denn der Kapitalismus hat die Krise verursacht und die EU ist ein Bündnis von imperialistischen Staaten, das an der Krise verdient.

Freya Pillardy



Links die Referentin Freya, daneben Moderator Lars; rechts Panos mit seiner Bouzouki

Falsch

*Die Revolution kommt nicht ein anderer Weg ist vorstellbar
In kleinen Schritten voran geht's nicht in einem großen Umbruch liegt die Lösung*

Richtig

*Die Revolution kommt nicht ein anderer Weg ist vorstellbar
In kleinen Schritten voran geht's nicht in einem großen Umbruch liegt die Lösung*

Leander Sukov



Sofortprogramm der DKP

Gemeinsam kämpfen für unser Recht auf Frieden, Arbeit, Bildung und bezahlbaren Wohnraum! - Gleiche Rechte für alle – unabhängig von der Herkunft! - Stoppt den sozialen Kahlschlag und den Abbau demokratischer Rechte!

Die Forderungen der DKP für ein Investitionsprogramm:

1. Bau von einer Million Sozialwohnungen in den nächsten fünf Jahren mit einer Mietpreisbindung von mindestens 25 Jahren.
2. Sofortige Einführung eines Zweckentfremdungs- und Leerstandsverbots für Wohnraum.
3. Neubau von 2000 Schulen, 1000 Jugendzentren und 1000 Kindertagesstätten.
4. Ein Investitionsprogramm zur Beseitigung des Sanierungsstaus bei Krankenhäusern in Höhe von 4 Milliarden Euro, bei Schulen in Höhe von 4 Milliarden Euro, im Öffentlichen Nahverkehr in Höhe von 6 Milliarden Euro.

Geld ist genug da durch:

- * die sofortige Reduzierung des Rüstungsetats um 20 Prozent und die fortlaufende Reduktion um 10 Prozent jährlich
- * die Rücknahme der Hochrüstungspläne von Kriegsministerin von der Leyen (CDU)
- * den sofortigen Stopp aller Auslandseinsätze der Bundeswehr
- * den Stopp aller Rüstungsexporte und die Beschlagnahme aller Gewinne der Rüstungsindustrie
- * die Einführung einer Millionärsteuer in Form einer jährlichen Vermögensabgabe von 2 Prozent auf alle Vermögen größer als 1 Million Euro
- * die Erhöhung der Spitzensteuer auf Kapitalerträge und Erträge der Unternehmen.

(Das vollständige Sofortprogramm steht auf der Homepage der DKP Gießen - www.dkp-giessen.de - unter der Rubrik "Echo".)

Leserbrief

Man fragt sich immer wieder, warum sind die Strompreise so hoch? - Meine Antwort ist folgende: Sie sind so extrem hoch, weil sich die Netzbetreiber dumm und dämlich verdienen, ungesetzlich und ungerechtfertigt, und horrend Superprofite einfahren. Letztendlich zahlt der Verbraucher dafür (s. „Monitor“ v. 13.5.16!) - Vater Staat schaut seelenruhig zu bzw. befördert diese Entwicklung. Unsereins muss für das öffentliche Pinkeln 50 Euro Strafe zahlen, wenn er erwischt wird. Auch in Gießen wird Menschen der Strom gesperrt, weil sie die Stromzweche nicht zahlen können – besonders wenn sie Hartz IV beziehen, Grundsicherung erhalten oder sich in prekären Arbeitsverhältnissen verdienen müssen (A. Nahles lässt grüßen). Dies kann erst wieder nach einer längeren kostspieligen Prozedur rückgängig gemacht werden. Das Gießener Echo berichtete schon des Öfteren darüber. Durch den EU-Kommissionsbeschluss zum weiteren Ausbau von AKWs in Europa (bisher nicht in der BRD) wird sich der Strompreis direkt oder indirekt weiter erhöhen. Uwe Moldenhauer

Demo zum Tag der Befreiung in Gießen



Am 9. Mai fand eine Demonstration anlässlich des 71. Jahrestages der Befreiung vom deutschen Faschismus statt. Etwa 100 Demonstrantinnen und Demonstranten zogen lautstark und kämpferisch vom Rathaus (Foto) durch die Gießener Innenstadt.

Aufgerufen hatte das Antifa-Plenum Gießen, unterstützt durch den DGB, die Gießener Linke, die DKP und SDAJ so-

wie das Kurdistan-Solidaritäts-Bündnis. In ihren Redebeiträgen erinnerten die Organisationen an die Opfer des faschistischen Regimes und stellten klar, dass die Wurzeln von Faschismus und Krieg auch heute noch nicht beseitigt sind. Daher ist der Kampf gegen faschistische Ideologien und kapitalistische Ausbeutung genauso notwendig wie damals.

Rainer Grabowski

Liebe Leserinnen und Leser des Gießener Echo,

wir bedanken uns für alle großen und kleinen Beträge, die bisher bei uns eingegangen sind.

Wir müssen dennoch um weitere Spenden und um pünktliche Bezahlung der Zustellungsgebühren bitten, damit das Echo weiter in hoher Auflage erscheinen kann.

Wir bitten um Überweisung auf das Konto:

Sparkasse Gießen, IBAN: DE75 5135 0025 0000 1930 70.

Nicht vergessen: Spenden an politische Parteien können von der Steuer abgesetzt werden.

Mit vielem Dank
und hoffnungsvollen Grüßen
Redaktion Gießener Echo

Atomkonzerne kaufen sich frei

Die Atomkonzerne haben es geschafft: Die unkalkulierbaren Kosten der Lagerung der von ihnen verursachten radioaktiven Abfälle konnten sie gegen Zahlung eines einmaligen Betrages auf die Steuerzahler abwälzen. Nach dem Atomgesetz gilt das Verursacherprinzip: Rückbau der Kernkraftwerke und die Lagerung der Abfälle sind voll und ganz von den Betreibern zu bezahlen.

Zur Finanzierung mussten die Energiekonzerne Rücklagen bilden, die sie auf die Strompreise aufschlagen konnten. Diese Rücklagen waren steuerfrei. Sie flossen allerdings nicht in einen öffentlich kontrollierten Fonds, sondern blieben bei den Konzernen. Dort wurden sie zwar gesondert verbucht, wurden aber behandelt wie Eigenkapital und konnten nach Belieben investiert werden. Die Konzerne handelten wie viele Privatpersonen:

Leicht verdientes Geld wird auch leichtfertig ausgegeben – viele Investitionen erwiesen sich als Fehlschläge. Jetzt stehen die aufsummierten Beträge – 35 Milliarden Euro sollen es sein – zwar irgendwo in den Bilanzen, sind aber nur schwer in bares Geld zu verwandeln.

Was schon lange befürchtet wurde, wird jetzt Wirklichkeit: Durch eine Vereinbarung mit der Bundesregierung haben sich die Konzerne mit einer einmaligen Zahlung von 23,3 Milliarden Euro von allen weiteren Risiken freigekauft.

Nur den Rückbau der stillgelegten Reaktoren müssen sie selbst bezahlen, aber auch das ist nicht sicher. Wenn irgendwo ein eingemottetes oder halb demontiertes Kraftwerk stehen bleibt und der frühere Betreiber zahlungsunfähig ist, wird der Staat einspringen müssen. Gernot Linhart



news.dkp.de
www.dkp-hessen.de
dkp-giessen.de

DKP Gießen auch bei Facebook



www.jungewelt.de/testabo
Abotelefon: 030 53 63 55 50



Redaktionsschluss für Juli-Echo: Mi., 6. Juli

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 30 € im Jahr (inkl. Versandkosten). Konto (Sparkasse), IBAN: DE75 51350025 0000 1930 70, BIC SKGIDE5F. Druck: Druckkollektiv Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet: www.dkp-giessen.de

1. Linker Ratschlag

Rechtsruck in Europa / Deutschland?

Was können wir in Stadt und Landkreis Gießen dagegen tun?

Diskussionsveranstaltung der Gießener LINKEN mit

Prof. Georg Fülberth,

em. Professor für Politikwissenschaft an der Uni Marburg

Murat Cakir,

Kolumnist und Mitarbeiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung Hessen

**Am Dienstag, dem 14. Juni, um 19 Uhr im Dachsaal
des DGB-Hauses, Walltorstr. 17, 35390 Gießen**

Veranstalter: Kreis- und Stadtfraktion der Gießener LINKEN

Sonntag, 25. Juni

Buchenwaldfahrt der SDAJ

Anreise mit PKWs, anfallende Kosten ca. 10 Euro

Treffpunkt auf Anfrage. Ein Genosse der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten (VVN/BdA) wird uns auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers herumführen.

Anmelden unter: sdaj-giessenmarburg@gmx.de

Widerstand gegen Hartz IV

montags 18 - 19 Uhr, bei den 3 Schwätzern



Alle Angebote, allgemeine Infos und Neuigkeiten, Programmübersicht, auftretende Künstler, Veranstalter--- bei www.uz-pressefest.de



Gießener Linke solidarisch mit Erika Beltz

Die Gießener Linke, das Wahlbündnis aus Partei die Linke, DKP und Linkes Bündnis, hat sich auf seiner Versammlung am 26. April einstimmig mit der Herausgeberin des Gießener Echo, Erika Beltz, solidarisiert.

Die Strafanzeige des AfDlers Hilmar Jordan wegen „Beleidigung“ wurde als unhaltbar zurückgewiesen. Jordan, Vorsitzender des „Traditionsverbandes“ des ehemaligen Greifgeschwaders 55, war als Faschist bezeichnet worden, weil er die „Kameraden“ dieses faschistischen Kampfgeschwaders, das im 2. Weltkrieg zahlreiche europäische Städte in Grund und Boden bombte, seit Jahren mit Kranzniederlegung und Feierstunde ehrt. Zigtausende Menschen in Europa sind durch die völkerrechtswidrigen Bombenangriffe dieses Greifgeschwaders auf Zivilisten u.a. in Coventry, Rotterdam, Warschau und Leningrad gestorben. Jordan jedoch fühlt sich „in Treue verbunden mit all unseren Kameraden, die durch ihre Pflichterfüllung gefallen sind“.

Gegen dieses jährliche „Heldengedenken“ und das Greifdenkmal an der Licher Gabel hatte es schon in den 80er Jahren breiten Protest linker und demokratischer Kräfte in Gießen gegeben, dem sich damals auch SPD und Grüne anschlossen und bekannte Persönlichkeiten wie der Gießener Ehrenbürger Prof. Horst-Eberhard Richter. In einer Erklärung betonte er 2005, dass er „es für unannehmbar hält, dass ein Geschwader geehrt wird, das mitverantwortlich ist für die Bombardierung der Zivilbevölkerung von Coventry“, der Stadt, zu der er in persönlicher Beziehung stand. Die Gießener Linke geht davon aus, dass Jordans Strafanzeige nicht weiter verfolgt wird und steht Erika Beltz solidarisch zur Seite.

**UZ-Sozialistische
Wochenzeitung der DKP**
UZ Woche für Woche
antikapitalistisch!

10 Wochen kostenlos testen
CompressVerlag, HoffnungsStr.
18, 45127 Essen
info@unsere-zeit.de